

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus zur Abendzeit 10.00 M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8.50 M. für Ostpreußen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Strafband bezogen für Deutschland und Ostpreußen 16.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M. einschließlich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Ostpreußen 20.00 M.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 2.- M. einschließlich Lesungsvertrag, keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Lesungsvertrag. Laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellenangebote 1.20 M. netto pro Zeile. Stellenangebote in Wortanzeigen: das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, Buchhandlung Zentrum 2645. "Freiheit"-Buchdruckerei Zentrum 2030.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Reaktion oder Revolution?

Zwei Weltanschauungen ringen in hartem Kampfe miteinander. Die eine will den Gang der Entwicklung zum Stillstand bringen und die Menschheit auf den Stand der Verhältnisse früherer Jahrzehnte und Jahrhunderte zurückführen. Das ist jene Auffassung, die wir mit dem Namen der **Reaktion** zu kennzeichnen pflegen. Die andere will, daß die wirtschaftliche Entwicklung, wie sie sich im Schoße der Gesellschaft vollzogen hat, auch im Aufbau des Staatswesens zum Ausdruck komme, daß eine Wirtschaftsordnung befestigt werde, die sich als unfähig erwiesen hat, die der Gesellschaft innewohnenden Kräfte zu organisieren und der höchsten Gestaltung zuzuführen, und daß an ihre Stelle eine andere Ordnung trete, deren Grundzüge wir bereits heute erkennen können und die allein imstande ist, die unfählichen Leiden der menschlichen Gesellschaft zu beenden. Das ist das, was wir unter **Revolution** verstehen.

Es ist falsch, zu glauben, daß der bevorstehende Wahlkampf die endgültige Entscheidung in diesem Ringen bringen wird. Umwälzungen im gesellschaftlichen Leben lassen sich überhaupt nicht auf den Tag vorher berechnen und voraussetzen. Wohl aber muß der kommende Sonntag zeigen, wie weit der Aufmarsch der miteinander ringenden Heere gediehen und ob die werktätige Bevölkerung, die die gewaltige Mehrheit des Volksganges bildet und die Trägerin des revolutionären Fortschreitens sein müßte, entschlossen ist, die ihr von der Entwicklung zugeschriebenen Aufgaben jetzt auszuführen.

In diesem Wahlkampfe kann man deutlich beobachten, ohne daß man sich in Voraussetzungen über die vermutlichen Stimmenergebnisse ergeht, wie sich dieser Aufmarsch in zwei deutlich umgrenzten Lagern vollzieht. Auf der rechten Seite steht das Lager der **Reaktion**, gebildet von den **Deutschnationalen** und der **Deutschen Volkspartei**, die zwar unter getrennten Firmenschildern ihre Geschäfte betreiben, aber einander so wesensverwandt sind, daß man sie kaum zu unterscheiden vermag. Nicht unionsförmig zeigt das Banner dieses Lagers die schwarz-weiß-rotten Farben des wilhelminischen Kaiserreichs. **Deutschnationale** und **Deutsche Volkspartei** wollen die alten Zustände wiederherstellen, die vor dem Kriege bestanden haben; ja, darüber hinaus sie noch verschlechtern bis zu einem wirtschaftlichen und staatlichen Zustand, in dem die arbeitenden Massen vollkommen rechtslos sind und nur dem Diktat der alten Gewalten der Militärs, der Junker, der Großindustriellen, der Bürokraten zu folgen haben. Es dürfte außer Deutschland kein Land der Welt geben, in dem diese Kreise mit einer ähnlichen freien Annäherung hervortreten könnten. Sie treten gerade so auf, als ob die Erinnerung an die Ursachen und den Verlauf des Krieges, an die zwei Millionen auf den Schlachtfeldern Dahingemordeten, an die anderen Millionen in der Heimat Verdorbenen, an all das Elend und die Verwüstung, die der Krieg über uns gebracht hat, schon vollkommen verblüht sei. In jedem anderen Lande der Welt würde man die Urheber dieses Grauens mit Hohn und Spott empfangen; ein Fluch und ein Steinwurf würde die Antwort auf ihre Frechheit sein. In Deutschland, der frommen Kinderstube, dürfen sie mit dem Anspruch hervortreten, aufs neue die Geschicke des Landes in ihre schmachbeladenen Hände zu übernehmen!

Das Lager der **Revolution** wird von der **Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei** gebildet. Sie ist die Partei des revolutionären Fortschritts, weil sie entschlossen mit der Vergangenheit gebrochen hat, sich aber nicht in Spekulationen im luftleeren Raum verliert, sondern von dem Boden der gegebenen Tatsachen aus ihre revolutionäre Politik treibt. Erkennen und aussprechen, was ist, das war von Anfang an die Lösung der Unabhängigen Sozialdemokratie. Die kühnsten Elemente der Arbeiterschaft mußten sich während des Krieges von der alten Organisation lösen, weil sie erkannten, wie die Politik ihrer Führer das Volk in die Irre führte und mit dazu beitrug, daß die Welt, daß vor allem Deutschland an den Rand des Abgrundes geführt wurde. Und je mehr die Wahrheit über den Krieg an den Tag kam, je deutlicher es war, wie das Volk von den alten Wohlhabern und von den bürgerlichen Parteien belogen und betrogen worden ist, je klarer es wurde, daß die Rechtssozialisten zu Schleppenträgern dieser Politik geworden waren, desto zahlreicher mußten die Scharen werden, die zu der Unabhängigen Sozialdemokratie stießen. Ob sich bei den bevorstehenden Wahlen ergeben wird, daß die Unabhängige Sozialdemokratie schon heute stimmengemäß die „Mehrheits“-Sozialdemokratie überflügelt, kann man dahingestellt sein lassen; was aber unbeschadet aller Wahlergebnisse heute schon feststeht, das ist die Tatsache, daß der Kern des Prole-

Am Sonntag ist Wahl!

Eine wahre Schlammschlacht von Druckerzeugnissen der reaktionären Parteien wälzt sich in die Häuser von Stadt und Land. Alle Schleusen der Lüge und Verleumdung werden geöffnet, um die Partei des Sozialismus, die **Unabhängige Sozialdemokratie**, niederzukämpfen.

Nur wenige Stunden trennen uns noch vom Wahltag; diese kurze Zeitspanne soll aber noch ausgenutzt werden, um die Wähler und Wählerinnen zu verwirren und sie an der Vertretung ihrer wahren Interessen zu verhindern.

Doch immer tiefer ist die Erkenntnis in die Masse der werktätigen Bevölkerung gedrungen, daß für sie nur eine Partei in Frage kommt: Die **Unabhängige Sozialdemokratie**.

Arbeiter, Angestellte und Beamte, Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes, gebt Euren Feinden am Sonntag die richtige Antwort, indem Ihr geschlossen für die Kandidaten der **Unabhängigen Sozialdemokratie** eintretet!

Wählt die folgenden Listen:

Wahlkreis 2: Stadtkreis Berlin:

1. Carl Sieck
2. Emil Eichhorn
3. Georg Ledebour
4. Arthur Crispian
5. Dr. Julius Moses
6. Adolf Hoffmann
7. Heinrich Mahlahn
8. Wilhelm Hoffmann
9. Dr. Siegfried Weinberg
10. Richard Müller
11. Dr. Paul Herz
12. Johann Ludewig
13. Carl Kuhlisch
14. Paul Eckert
15. Hermann Ritter

Wahlkreis 3: Potsdam II (Teltow-Beeskow):

1. Fritz Jubell
2. Däumig
3. Dr. Kurt Rosenthal
4. Frau Anna Remig
5. Franz Rünstler
6. Paul Wegmann
7. Dr. Joseph Herzfeld
8. Ewald Vogtherr
9. Walter Stoedter
10. Wilhelm Hoffmann

Wahlkreis 4: Potsdam I (Niederbarnim):

1. Dr. Rudolf Breitscheid
2. Paul Brühl
3. Frida Wolf
4. Wilhelm Staab
5. Richard Ritter
6. Otto Gäbel
7. Richard Pfeiffer
8. Paul Schindler
9. Alfred John
10. Fritz Thurm
11. Josef Kawrodt
12. Erich Baron

tarials im Lager der Unabhängigen Sozialdemokratie steht, daß der kühnste, entschlossenste, opferfähigste Teil der Arbeiterschaft sich zu ihr bekennt. Das will bedeuten, daß in den entscheidenden Augenblicken die Unabhängige Sozialdemokratie die Führerin und Vertreterin der gesamten werktätigen Bevölkerung sein wird.

In dieser großen Auseinandersetzung zwischen **Reaktion** und **Revolution** kann es kein Weisheitswort, kein Kompromiß geben. Das gilt insbesondere für die Parteien, der **Mitte**, für das **Zentrum**, die **Demokraten** und die **Rechtssozialisten**. Sie behaupten in einstimmigem Chor, daß die von ihnen betriebene Koalitionspolitik den vollkommenen Zusammenbruch des deutschen Volkes verhindert und den wirtschaftlichen Wiederaufbau ermöglicht habe. In Wirklichkeit hat diese Politik dazu geführt, daß die **Reaktion** sich ungemein stärken konnte und jetzt in dem Wahne lebt, in absehbarer Zeit die Herrschaft wieder übernehmen zu können. Sie hat die revolutionären Errungenschaften des November 1918 eine nach der anderen zunichte gemacht und das arbeitende Volk wieder dahin geführt, wo es von neuem den Kampf um die Erringung ihrer wirtschaftlichen und politischen Rechte beginnen muß. Statt die Forderungen des Sozialismus zu verwirklichen, hat die Koalitionspolitik die kapitalistische Wirtschaftsordnung wieder hergestellt und den Wohlstand der Kapitalherrschaft auf das äußerste gesteigert. Die Bourgeoisie ebenso wie das Proletariat werden am kommenden Sonntag ihr Urteil über die Koalitionspolitik fällen. Die Bourgeoisie, indem sie sich zum größten Teil auf die Seite der offenen reaktionären Parteien schlägt, das Proletariat, indem es den Wahltag zu einem Bekenntnis für den revolutionären Sozialismus, für die Unabhängige Sozialdemokratie machen wird.

Diese vorausschauende Stimmung beherrscht alle Artikel und Reden, alle Flugblätter und Aufrufe der einzelnen Parteien. Die **Deutschnationalen** und die **Deutsche Volkspartei** glauben den Sieg schon in der Tasche zu haben. Ist in der kapitalistischen Welt nicht alles mit Geld abzumachen? Fliehen den **Deutschnationalen** und den **vollparteilichen** Kassen nicht Hunderttausende und Millionen aus den Geldschränken der Großindustrie und des Großgrundbesitzes zu? Haben sie nicht alle realen Machtmittel in den Händen, die ihnen von den Koalitionsparteien in letzter Kurze vor der Arbeiterschaft auswehlt worden

sind? Warum sollten sie unter solchen Umständen nicht hoffnungsfreudig gestimmt sein? Das **Zentrum** vertraut auf die Macht der katholischen Kirche, die ihm die gereuten Schächel schon wieder zutreiben wird. Das **Zentrum** glaubt der Entwicklung der Dinge ruhig zusehen zu können; es wird je nachdem den ihm zuzugenden Anschlag rechtzeitig wieder finden. Die **Demokraten** leben in bangter Furcht vor dem Wahltag. Sie beschränken sich auf die Verteidigung der Koalitionspolitik, sie tramen in alten liberalen Phrasen herum, und wo sie sich weniger beachtet glauben, da wetteifern sie mit **Deutschnationalen** und **Volksparteilern** in der demagogischen Bekämpfung des Sozialismus. Die **Rechtssozialisten** legen das Hauptgewicht auf die Propaganda für die formale Demokratie, der gegenüber sie die Diktatur des Proletariats als ein rechtes Schreckgespenst ausmalen. Ihre Agitation ist müde und hoffnungslos, sie wissen, daß die arbeitenden Massen ihre Politik satt haben und sich immer schneller von ihnen abwenden.

Mit stolzer Entschlossenheit, aber ohne jede Illusion, sieht die **Unabhängige Sozialdemokratie** dem Wahltag entgegen. Sie weiß, daß die Entwicklung mit ihr ist, daß alles auf eine Lösung der im Schoße der Gesellschaft sich vollziehenden Entwicklung drängt. Sie kämpft unter der Losung der **Revolution**; das bedeutet die Weiterführung des Kampfes bis zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die zur Umgestaltung der Produktionsweise, zur Durchführung der sozialistischen Forderungen notwendig ist. Nicht der Schacher um parlamentarische Mandate ist ihr höchstes Ziel, sondern die Gewinnung der arbeitenden Massen in Stadt und Land für den Sozialismus. Für den Sozialismus, der die Menschheit von jeglicher Unterdrückung, Ausbeutung und Knechtung befreien wird.

Die Kampfstellung für den kommenden Sonntag ist also gegeben. Wer die Wiederherstellung des wilhelminischen Deutschlands will, der stimme für die Partei der **Reaktion**. Wer aber an der Durchführung des Sozialismus helfen will, dessen Platz ist nur bei der **Unabhängigen Sozialdemokratie**. Für die Arbeiter, Angestellten und Beamten, für alle Teile des werktätigen Volkes kann es bei dieser Entscheidung kein Schwanken geben!

Die Berliner Arbeiterkassette und die Pulvergefahr.

Vollversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Berliner Gewerkschaftskommission nahm in ihrer gestrigen Sitzung nach kurzer Debatte einen vom Ausschuss vorgelegenen Antrag an die Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins an, den wir an anderer Stelle unseres Blattes abdrucken.

Ueber die politische Lage führte Kusch aus: Nach den uns von ausländischer Seite zugegangenen Berichten sind die Vorbereitungen der Reaktionäre zu einem erneuten Putsch sowohl gediehen, daß sie bereit sind, jedwede zum Schutze auszuheulen. Alles deutet darauf hin, daß man beabsichtigt, sofort nach den Wahlen die Maßnahmen zu veranlassen. In Mecklenburg, Pommern, aber auch rings um Berlin sind reaktionäre Truppen zusammengezogen. Auch machte man Mittelungen über Einzelheiten dieser militärischen Vorbereitungen, die er dem Berliner Polizeipräsidenten in einer Unterredung vorgebracht habe. Der Berliner Polizeipräsident hat, nachdem er über diese Mittelungen Erhebungen angeordnet hat, in Würde geantwortet, daß in und um Berlin derartige Vorbereitungen von den Rechtspolitikern getroffen sind. Er gab jedoch zu, daß die Berliner Sicherheitswehr verstärkt werden soll. In diesem Zweck werden von reaktionären Werbegentzen Werbungen vorgenommen, bei denen jedoch nur Angehörige reaktionärer Truppenteile resp. ehemalige Militärs in Erscheinung finden. J. B. ist das berühmte Regiment Reichswehr wieder ins Leben gerufen, jedoch ist der Mannschaftsbestand bis zum Sonnabend, den 5. Juni, nachmittags 4 Uhr, beurlaubt. Diese werden seit mehreren Monaten entlohnt, und zwar erhalten die Unteroffiziere 1188 M. pro Monat, die Mannschaften 600 M.

Die nach dem März-Putsch eingesetzte Wehrkommission der Gewerkschaften verlangte von der Regierung über alle ihr zur Kenntnis gelangten Einzelheiten der getroffenen Vorbereitungen in eine Besprechung mit ihr einzutreten. Die Regierung sagte auch zu, doch wurde diese Besprechung erst nach der Konferenz in Spaen, die voraussichtlich Ende Juni abgehalten wird, stattfinden. Die der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossenen Vertreter dieses Ausschusses und der Genosse Dänning traten aus diesem Grunde aus der Wehrkommission aus. Folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen:

Nachdem die Berliner Gewerkschaftskommission bereits am 22. April Stellung genommen hat zu dem Vorwurfe des Preussischen Ministeriums über die Einstellung der Vertrauensleute der Gewerkschaften in die Sicherheitspolizei ist nunmehr die Angelegenheit soweit abgelaufen, daß es unmöglich ist, die Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission in dem von den am Generalkonferenz beteiligten Organisationen gebildeten Wehrausschuss noch weiter zu belassen. Nachdem erneut Verhandlungen seitens des Wehrausschusses mit dem Preussischen Ministerium des Innern verlangt worden sind, hat dasselbe nach 14tägiger Verzögerung die Verhandlungen verlassen und nach der Konferenz in Spaen.

Staub steht die Regierung den innerparteilichen Verhältnissen und dem Mißtrauen der Reaktion gegenüber.

Die Durchführung des Punktes 6 der Thesen ist in keiner Weise eingehalten. An Stelle organisierter Arbeiter und Angestellten werden ehemalige Militärs und reaktionäre Sozialisten als Wehrleute angeworben.

Wir müssen daher die Verantwortung angeht die bestehende Gefahr abheben und den Minister des Innern und den Berliner Polizeipräsidenten für die jetzige Lage verantwortlich machen.

Die organisierte Angestellten- und Arbeiterschaft machen wir auf die dringende Gefahr aufmerksam und ersuchen sie, ihr volles Augenmerk auf die Bestrebungen der Reaktion zu richten.

Die Gewerkschaftskommission besprach noch eingehend die Not der Erwerbslosen. Sie ist sich darüber klar, daß den Arbeitslosen mit einer Erhöhung der Unterstützungssätze nicht viel geholfen ist. Es muß unter allen Umständen versucht werden, für das große Heer der Arbeitslosen Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen. Es ist deshalb Pflicht der Vorstände der einzelnen Gewerkschaften sowie der Gewerkschaftsbünde, an die maßgebenden behördlichen Stellen immer wieder erneut mit diesbezüglichen Forderungen heranzutreten. Die Kommunen sind in den meisten Fällen an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Es ist deshalb Pflicht der Reichsregierung, die Erwerbslosenfrage grundlegend zu regeln. Die Gewerkschaftskommission ließ aber keinen Zweifel darüber, daß es der jetzigen Regierung nicht möglich sein wird, in dem heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystem diese Frage befriedigend zu lösen. Eine Besserung und Behebung der Not der Erwerbslosen wird erst eintreten, wenn wir den sozialistischen Staat haben, in dem die Bedarfswirtschaft eingeführt ist.

Der Mord an Baasche.

Amlich wird noch eine Erklärung im Fall Baasche publiziert, die darlegt, daß das Militär nur auf Anfordern der Zivilgewalt einschreiten kann, und feststellt:

„Odernoch trägt also im Falle Baasche die alleinige Verantwortung für die bei der Durchsicherung der Untersuchung eingetretenen Vorfälle der Militär-Bereichsleiter, dem der Auftrag übertragen worden war. Die Entscheidung selbst stellt nach den bisher vorliegenden Nachrichten eine schwere Verfehlung gegen die einschlägigen Bestimmungen und Vorschriften dar und wird an dem dafür Verantwortlichen mit aller Schärfe geahndet werden, sobald das Gericht seine Schuld festgestellt hat.“

Da das Gericht sich für seine Feststellungen sicherlich sehr lange Zeit lassen wird, so dürfte bei dieser Unternehmung genau dasselbe herauskommen, wie bei dem Strafverfahren gegen die Mörder der anderen „auf der Bluth“ erschossenen Revolutionäre.

Im übrigen genügt es durchaus nicht, daß gegen den Militärbefehlshaber Strafverfahren eingeleitet ist; ebenso wichtig wäre, daß diese Mordpraxis gegen Revolutionäre beendet würde und daß gegen den absichtlich oder unabsichtlich frevelndlich handelnden Scharführer der Regierungsbekanntmachung entscheidende Maßnahmen getroffen werden.

Wer glaubt, daß etwas Derartiges geschehen wird?

Einige bekannte Mitglieder des Bundes „Neues Vaterland“ erlassen eine Erklärung gegen den Versuch Dr. Pappe's, Baasche als Selbstmörder abzukampfen. Sie bezeichnen diese Stellungnahme Pappe's als Zeichenhändlung.

Die Putschführer in Budapest.

Nach einwandfreien Feststellungen befinden sich, wie offiziell erklärt wird, Oberst Bauer, Major von Stepan und anwesend auch Major Bischoff seit dem 21. Mai in Budapest. Wie vermutet wird, ist auch General v. Littwitz dort in ungewisser. Der vielgenannte Spitzel und „Putschführer“ v. Freylich weiß ebenfalls in Budapest.

Der Wahlkampf.

Revolutionäre an der Arbeit.

Störung des Wahlakts beabsichtigt.

Die uns von zuverlässiger militärischer Seite mitgeteilt wird, setzt sich ein Teil der konterrevolutionären Offiziere mit dem Gedanken, die Wahl am 6. Juni durch einen Putsch zu verhindern. Es ist von diesen Kreisen beabsichtigt, in den ersten Morgenstunden des 6. Juni die Wahllokale zu besetzen, die Listen zu vernichten und die Kandidaten der linksstehenden Parteien zu verhaften. Der Norderfall auf die Wahllokale soll von gekauften Subjekten ausgeführt werden, um nach außen hin den Anschein zu erwecken, als seien die Wahllokale von Anhängern der kommunistischen Arbeiterpartei gesichert worden, um die Wahlen zu verhindern. Im Zusammenhang damit sollen dann die in der Nähe Berlins zusammengezogenen Truppen einmarschieren, gegen die angeblichen Aufwähler von links vorgehen und dann die Herrschaft der Militärs proklamieren.

Wir können nicht feststellen, ob dieser wahrnehmbare Plan viele Anhänger gefunden hat. Aber die Tatsache, daß er von einem bestimmten Kreis von Offizieren ernsthaft erwogen wird, soll für die Arbeiterkassette eine Warnung sein, sich unter keinen Umständen provozieren zu lassen.

Von anderer Seite wird uns mitgeteilt, daß versucht wird, Mitglieder der unabhängigen Partei gegen das Versprechen einer Entschädigung von 50 Mark für Sonntag nach dem Reichstags zu beschaffen, wo ihnen angeblich Waffen ausgeteilt würden. Es ist ferner festgestellt worden, daß auf einzelnen Bahlabenden unserer Partei Offiziere Mitglied geworden sind und Vorschläge gemacht haben über bewaffnete Aktionen.

Daß auch noch auf andere Art und Weise versucht wird, den Versuch für die Mobilisierung der militärischen Kräfte gegen die Arbeiterklasse in die Wege zu setzen, zeigt folgendes anonymes Schreiben, das einer Reihe von Parteigenossen zugegangen ist und das schon durch seinen Stil die Postspindel deutlich erkennen läßt:

Kennung! Parteigenossen der K. P. D., der U. S. P. und der K. A. P. D. Lesen und weitergeben!

Die deutschnationale Wählerpartei versucht noch in letzter Stunde für ihre verbrecherischen Ziele in Arbeiterkreisen Stimmung zu machen und die Arbeiter in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Schwarz-weiß-rote Plakate verkünden, daß einer der bekanntesten und gefährlichsten Gegner der Republik und insbesondere der Arbeiterschaft, der Regierung und Sozialdemokratie, am kommenden Freitag, den 4. Juni, abends 7 Uhr, im Saale der Brauerei Julius Bölow, Prenglaue Tor, in öffentlicher Volksversammlung sprechen wird.

Es dürfte doch angebracht erscheinen, gegen die Absichten der Kaiserlichen in letzter Stunde noch einmal energisch zu protestieren und den Herren den Standpunkt klar zu machen. Es ist deshalb in weitestem Sinne gegen die Versammlung Stimmung zu machen und für einen gegnerischen Massenbesuch zu sorgen.

Wir warnen unsere Parteigenossen dringend, solchen anonymen Wägen irgendwelche Beachtung zu schenken.

Die „Prinzipienfehler“.

In dem Leitartikel der „Roten Fahne“ vom 2. d. M. finden sich folgende schöne Sätze:

„Das Bekenntnis zur dritten Internationale schneidet den Weg ab, der zur sozialistischen Regierung“ führt.

„Das Bekenntnis zur dritten Internationale gerichtet die unschätzbaren Früchte, die die Unabhängigen von Unbegonnen an mit der Entente-Bourgeoisie verbanden.“

Auf die letzten Sätze geben wir nicht ein, da das kommunistische Blatt sich durch ihre Wiedergabe auf die gleiche Stufe wie die deutschnationalen Verleumder gestellt hat, die bekanntlich über das „Mündnis“ der Unabhängigen mit der Entente-Bourgeoisie phantasierten. Sich mit derartigen verleumderischen Behauptungen auseinanderzusetzen, ist überflüssig. Es genügt, wenn man sie zur Kennzeichnung ihrer Autoren niedriger hängt.

Interessanter ist der erste der oben zitierten Sätze, wonach das Bekenntnis zur dritten Internationale den Weg abschneide, der zur sozialistischen Regierung“ führt.

Die K. P. D., deren Zentralorgan die „Rote Fahne“ ist, ist ein Glied der dritten Internationale. Sie rühmt sich besonders dieser Mitgliedschaft, die sie — zum Zweck des Wahlkampfes — als Beweis dafür ausgibt, daß bei ihr allein sich „Wort und Tat, Wille und Ausführung“ decken.

Wie steht das Wort und die Tat bei der K. P. D. aus? Heute verdammt sie die „sozialistische Regierung“ als einen Verrat an der dritten Internationale. Am 21. März jedoch — in der Rapp-Woche — veröffentlichte die Zentrale der K. P. D. eine Erklärung, in der es, nach der Feststellung, daß die „objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben“ seien, zur Frage einer sozialistischen Regierung heißt:

„Für die weitere Erhebung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenutzt werden, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur.“

Die K. P. D. steht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen zentralen Zustand für die Selbstbetätigung der proletarischen Massen und ihr Veranzeln für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine legale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerlichen Konterrevolutionen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird.

Unter lokaler Opposition verstanden wird:

Keine Vorbereitung zum gewalttätigen Umsturz bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Lehren.“ („Rote Fahne“ Nr. 32 vom 28. März.)

Die kommunistische Partei stellte sich aber nicht nur durch diese Erklärung auf den Boden der „sozialistischen Regierung“, die sie als Zwischenstufe für die Entwicklung zur proletarischen Diktatur als erwünscht erklärte, sie machte einige Tage nach dem Generalkonferenz durch den Mund ihres offiziellen Redners in der Betriebsräte-Versammlung der U. S. P. die heftigsten Vorwürfe, daß sie den Augenblick der Bildung einer sozialistischen Regierung verpasst und dadurch die Interessen des Proletariats verraten habe.

So sieht die Theorie und die Praxis dieser Güter der dritten Internationale aus: In dem Logen des März-Generalkonferenz ist die sozialistische Regierung ein „erwünschter Zustand“; nach dem Generalkonferenz sind die Unabhängigen — „Verräter“, weil sie die Bildung einer solchen Regierung nicht durchgeführt haben; jetzt jedoch ist eine sozialistische Regierung eine Ungeheuerlichkeit, die man sogleich durch ein „Bekenntnis“ zur dritten Internationale (ausgedrückt durch die Abgabe eines Stimmzettels der K. P. D.) auslöschen muß!

Es geht doch nichts über die „Prinzipienfestigkeit“ der sogenannten Führer der K. P. D.!

Die Ermittlung der Wahlergebnisse.

Der Zusammentritt des Reichstags frühestens am 23. Juni.

Die von ausländischer Seite mitgeteilt wird, ist die Frage des Zusammentritts des Reichstags von folgenden Zeitlinien des Reichswahlverfahren abhängig:

6. Juni: Wahltag.
 9. Juni: Eingang der Ergebnisse der Wahlbezirke beim Reichswahlleiter.
 10. Juni: Sitzung der Kreiswahlausschüsse zur Ermittlung des Wahlergebnisses in den Wahlkreisen.
 11. Juni: Eingang der Bestimmungen der Wahlkreise bei den Landeswahlleitern und beim Reichswahlleiter.
 12. Juni: Sitzungen der Verbandswahlausschüsse zur Ermittlung der Zahl der auf Grund der Bestimmungen noch auf die Kreiswahlvorschlüge einstellenden Abgeordneten; Mitteilung an die Kreiswahlleiter und Abgabe der Bestimmungen an den Reichswahlleiter.
 13. Juni: Sitzungen der Kreiswahlausschüsse zur Verteilung der Abgeordnetenliste auf die Kreiswahlvorschlüge; Erklärung der erforderlichen Anzahl von Abgeordneten für gewählt; Benachrichtigung der Gewählten; gleichzeitig Eingang der Bestimmungen der Kreiswahlverbände beim Reichswahlleiter.
 14. Juni: Sitzung des Reichswahlausschusses zur Feststellung der Zahl der auf die Kreiswahlvorschlüge einstellenden Abgeordnetenliste; Erklärung der entsprechenden Zahl von Abgeordneten für gewählt; Benachrichtigung der Gewählten.
 15. Juni: Zustellung der Nachricht an die auf Grund der Kreiswahlvorschlüge Gewählten über die Wahl.
 16. Juni: Anstellung der Nachricht an die auf Grund der Reichsliste Gewählten über die Wahl.
 17. Juni: Ablauf der Frist zur Erklärung über Annahme der Wahl auf Grund der Kreiswahlvorschlüge.
 18. Juni: Ablauf der Frist zur Erklärung über Annahme der Wahl auf Grund der Reichsliste.
- Der neue Reichstag kann nach dieser Zusammenstellung frühestens für den 23. Juni einberufen werden.

An alle Wahlleiter der U. S. P.

Wir bitten Sie die dringende Bitte, und am Sonntag abend die Wahlergebnisse Ihrer Bezirke telephonisch mitzutellen. Sie müssen zu diesem Zweck Einrichtungen treffen, daß Ihnen die Ergebnisse aus den einzelnen Stimmbezirken mitgeteilt werden und Sie und die Gesamtergebnisse für größere Bezirke, Orts usw. weitergeben können.

Der Anruf hat zu erfolgen von Berlin und den Fernsprechknoten aus unter den Fernsprechnummern Norden 833—835, von außerhalb unter der Nummer Norden 9708.

Es ist Vorsorge getroffen, daß die Meldungen während der ganzen Nacht entgegengenommen werden können.

Von Besuchen auf die Redaktion und von telephonischen Anfragen bitten wir an diesem Abend Abstand nehmen zu wollen. Redaktion der „Freiheit“.

Wo kann ich am Sonntag wählen?

Die Wahllokale werden für Berlin am Sonnabend und am Sonntag nachmittags an den Anschlagtafeln bekanntgemacht, in den Vororten sind sie meist auch an den Anschlagtafeln bekanntgegeben.

Heute, Freitag 7 Uhr:

Große öffentliche Wählerversammlungen

in folgenden Lokalen:

- Wahlleiter Gesellschaftsraum, Wielestr. 23/24 (Große öffentliche Frauenversammlung).
- Comeniusstraße, Remeler Str. 67.
- Schönert, Rynaststraße (Hummelburger Bahnhof).
- Deutscher Hof, Ludauer Straße.
- Süd-Ost, Waldemarstraße 75.
- Märkischer Hof, Admiralstraße.
- Boelckers Hof, Werdenerstraße 17.
- Nationalhof, Wilmstraße.
- Friedenau: 7 1/2 Uhr, Realgymnasium, Gornitzstraße.
- Charlottenburg: 7 Uhr, Hindenburgstraße, Guesardstraße.
- Steglitz: 7 1/2 Uhr, Gymnasium an der Seestraße.
- Tobannstraße: 8 1/2 Uhr, im „Lustverleer“, Friedbergstraße 10.
- Hohenzollern: 8 Uhr bei Klaus, Schöneberger Straße 17.
- Strojan: 7 1/2 Uhr, in der alten Traberse, Alt-Strojan 27.
- Wilmersdorf: 8 Uhr, Schützenhaus, Fuhlenburgstraße 24.

Heute Flugblattverbreitung in Groß-Berlin!

Kraffins Mission.

Ein Wendepunkt in der englisch-russischen Politik.

Seit den letzten Tagen des Mai hält sich der von der Sowjetregierung entsandte Volkskommissar Leonid Kraffin mit seinen Begleitern in London auf. Er hat bereits eine private Zusammenkunft mit Lloyd George gehabt, und in wenigen Tagen sollen die offiziellen Verhandlungen zwischen den Sachverständigen der englischen Regierung Lloyd George und dem Kabinett einerseits und der russischen Delegation auf der anderen Seite ihren Anfang nehmen. Ob die Vertreter der alliierten Regierungen an diesen Verhandlungen teilnehmen werden, ist noch nicht bekannt, der Einladung Lloyd Georges zu der ersten informativischen Besprechung mit Kraffin sind sie nicht gefolgt.

Die Blätter reden äußerst geheimnistoll über die Mission Kraffins. Sie deuten an und nehmen im nächsten Augenblick die Hälfte davon wieder zurück. Ganz allgemein besteht eben das Gefühl, daß die Verhandlungen Kraffins mit der britischen Regierung von größter politischer Bedeutung sind. Da Kraffin sich auf Wunsch der englischen Regierung nicht interviewen läßt, erfindet man mühsam alle möglichen Argumente, aus denen heraus sich die Wichtigkeit des Besuchs erklären läßt, und geht tatsächlich an dem Nächstliegenden vorbei.

Kraffin und seine Begleiter sind in London, um die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und England nach Möglichkeit wieder zu eröffnen. Dieses Ziel ist für Rußland und für England von gleich großer Bedeutung, und die Lösung der Aufgabe, die wahrhaftig nicht leicht ist, da ungewisse Vorurteile überwunden werden müssen, und da die Kenntnisse über die wirtschaftlichen Möglichkeiten Rußlands nur sehr ungenau sind, sind der höchsten Anstrengungen der Verhandlungsleiter wert. Finanzfragen verstärken die Schwierigkeiten. Aber es scheint, bei gutem Willen, vor allem der englischen Regierung, lassen sich alle Hindernisse überwinden.

Dazu gehört allerdings auch, daß die Verleumdungen der bürgerlichen Presse aufhören, die sich nicht scheuen, zu behaupten, daß Kraffin und Litwinoff sich einvernehmlich, während tatsächlich zwischen beiden das beste Einvernehmen besteht. Kraffin ist die Freiheit des telegraphischen Verkehrs durch Chiffretelegramme mit Litwinoff zugesichert. Er kann und will ohne diesen keine Entscheidungen treffen. Das bringt naturgemäß Verzögerungen mit sich, an denen die englische Regierung schuld ist, da sie sich weigert, mit Litwinoff selbst zu konferieren.

Von den Sachverständigen soll untersucht werden, was Rußland tatsächlich ausführen kann. Da Kraffin und Litwinoff nicht flüchtig, sondern sorgfältig überlegen sind, ist es nicht möglich, auf der anderen Seite aber niemand von der britischen Delegation rüßlich versteht, sind die Verhandlungen mühselig und zeitraubend. Aber die englischen Politiker und Kapitalisten bringen Kraffin ein gewisses Interesse und Vertrauen entgegen, weniger wegen seiner hohen technischen Fähigkeiten, als wegen seiner kommerziellen Erfahrungen und Verbindungen aus der Zeit vor der russischen Revolution.

Neben den Fragen der Ausfuhr und der Einfuhr wird auch die Frage des Goldwertes zu behandeln sein. Der augenblickliche Goldwert in England ist pro Unze 5 Pfund 7 Schillinge, der Vorkriegspreis war etwas mehr als 3 Pfund 17 Schillinge. Die englischen Banken haben die Absicht, russisches Gold nur zu dem Vorkriegspreis anzunehmen, was für sie einen Gewinn und für die Sowjetregierung einen Verlust von etwa 27 Prozent bedeuten würde. Es wird hier der energischen Einwirkung der englischen Regierung bedürfen, um die Banken zur Vernunft zu bringen.

Die Bedeutung der Kraffinschen Mission ist jedoch keineswegs mit der Wiederherstellung der Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland allein genügend erklärt. Mindestens so wichtig, wenn nicht am wichtigsten sind Tatsachen, die für die Verhandlungen zwar selbstverständlich sind, die aber über das wirtschaftliche Gebiet hinausweisen und einen eminent politischen Charakter tragen. Der Handel kann erst dann in die Tat umgesetzt werden, wenn verschiedene wichtige Vorfragen erledigt worden sind, so die Aufhebung der Blockade, die Fortnahme der Minensfelder vor den russischen Ostküsten, die Sicherstellung der Bezahlung, die Öffnung des Post- und Telegrammenverkehrs, die Bewilligung von Wäfen und dergleichen. Die Erfüllung dieser notwendigen Voraussetzungen, ohne die jeder Handel mit Rußland unmöglich ist, bedeutet jedoch nichts anderes als den tatsächlichen Frieden. Wenn auch vielleicht kein formeller Friedensvertrag abgeschlossen wird, da — formell — ja auch der Krieg zwischen England und Rußland nicht erklärt wurde. „Daily Herald“ meint, es könne mit Rußland „den geschlossenen Frieden“ (peace) (Frieden) beenden offiziellen Angelegenheiten mit einem großen Ansehen haben geschrieben werden; man brauche keine offizielle Friedenskonferenz, nicht Millionen von Unterhaltungsgeldern für die Delegierten einer solchen Konferenz, keine Sonderzüge und keine königlichen Beirühigungstelegramme. Viel wichtiger ist, daß die wirtschaftlichen Verhandlungen zu einem günstigen Abschluß gelangen, dann ist der Frieden de facto da.

Die Anerkennung der Sowjetregierung, die die Ententestaaten bis jetzt verweigerten, wird allerdings noch besonders Kopfzerbrechen machen. Aber man darf vielleicht auch bei dieser Frage darauf hinweisen, daß nach Reimungsmaßnahmen bei den ersten Verhandlungen mit Kraffin und seinen Begleitern eine sorgfältige Prüfung seiner Ermächtigung durch den Sowjetrat erfolgt hat. Wenn man aber die von der Sowjetregierung ausgesprochenen Vollmachten anerkennt und sich bereit erklärt, mit ihren Delegierten zu verhandeln, so ist es mehr als förmlich, es wäre unlogisch, die Anerkennung dieser Mission nicht anzuerkennen zu wollen. Die Ernennung Kraffins durch Lloyd George und die Teilnahme an den Verhandlungen zwischen Vertretern der englischen und der russischen Regierung ist tatsächlich ein

Wendepunkt in der englisch-russischen Politik erreicht, und man darf nur hoffen und wünschen, daß die Mission Kraffins von Erfolg begleitet ist, weil dann das russische Volk bald den Frieden haben würde, den es so dringend braucht.

Litwinoffs Instruktion an Kraffin.

Richtiger Frieden oder Kampf bis aufs Messer.

H. N. London, 8. Juni.

„Daily Herald“ gibt die Instruktion, die Kraffin von Litwinoff erhalten hat, dahin, daß England entweder Krieg oder Frieden haben kann, wie es dies selber wünscht. Rußland sei für jeden dieser beiden Fälle vorbereitet. Rußland werde weder kapitulieren noch um Frieden stehen. Nach dem erheblichen Petroleumgewinn aus Baku stehe die Sowjetregierung weit unabhängiger vom Ausland da. Wenn die Verhandlungen scheitern sollten, würden auch die verbesserten Transportmöglichkeiten die Nahrungsmittelversorgung im kommenden Winter besser gestalten. Entweder ein richtiger Frieden oder ein Kampf bis aufs Messer, sei die Parole Sowjet-Rußlands.

Frankreichs Sorge um das russische Gold.

H. N. Paris, 8. Juni.

Mitterand hat nach dem Telegramm, das er am Sonntag an Paul Cambon richtete und in dem er ihm verbot, an den Besprechungen in Downing Street teilzunehmen, dem Volkshatler noch sehr ausführliche Anweisungen gegeben. Diese Anweisungen sind gegenüber dem Vertreter Frankreichs in der permanenten Kommission des Wirtschaftsrates, Monol, der heute noch London abreist, ausgetauscht. Diese Anweisungen gehen dahin: keine politischen Besprechungen, keine Anerkennung von Sowjetrußland, keine Handelsbesprechungen, die dazu führen können, daß das Gold der alten russischen Staatsbank und Rumänien verstreut wird.

Internationaler Boykott gegen Ungarn.

Amsterdam, 3. Juni.

Das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes hat im Einvernehmen mit dem Generalsekretär der internationalen Transportarbeiterföderation, der am 31. Mai u. l. Juni in Amsterdam zusammengetreten war, beschlossen, von Sonntag, den 20. Juni, an den vollenkommenen Boykott gegen Ungarn zu verhängen. Von diesem Tage an soll jeder Verkehr mit Ungarn durch Eisenbahn, Schiff, Post, Telegraf oder welcher Art sonst als Protest gegen die Verfolgung der ungarischen Arbeiterklasse vollstän dig bis zum Stillstand kommen. Allen gewerkschaftlichen Zentralen, Transportarbeitern, und Eisenbahnsorganisationen werden entsprechende Anweisungen erteilt. Ein an die Arbeiter aller Länder gerichteter Manifest wird im Laufe der Woche erscheinen.

Der Frontbund wählt weiter.

Das Reichswehrministerium hat durch einen Befehl die Auflösung des Frontbundes angeordnet und ihm jede weitere Tätigkeit untersagt. Natürlich kümmert sich um das Verbot kein Mensch. Am Mittwoch kam der Frontbund in Potsdam zu einer neuen Tagung zusammen, und zwar im Zentralcafé des „Frankfurter Str. 18“. Es waren etwa 80 Vertreter versammelt, die auf Kommando in das Tagungslokal geleitet wurden. Von Reichswehrbrigade 8 wählte ein Hauptmann der Tagung bei. Dieser Hauptmann war von den Plänen des Bundes so entsetzt, daß er dem Verhandlungsleiter, Herrn Hauptmann Pfeiffer, von Mat gab, sämtliche Truppen mit den Grundrissen des Frontbundes vertraut zu machen. Der Frontbund soll jetzt, um gegen das Verbot der Regierung geschützt zu sein, als eingetragener Verein (E. V.) lebensfähig gemacht werden.

Der schlimmste Skandal lag darin, daß die Delegierten von außerhalb mit Waffen zu der Tagung erschienen konnten. Der Befehl des Reichswehrministers, daß Soldaten, die sich auf Urlaub oder Reise befinden, keine Waffen tragen dürfen, und daß ihnen die Waffen, wenn sie solche tragen, auf den Bahnhöfen abgenommen werden müssen, wird also in Potsdam nicht befolgt. Aus dieser Tatsache geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Anordnungen der Regierung von sehr vielen militärischen Befehlshabern einfach sabotiert werden. Die Frontbändler insbesondere haben absolut nichts zu befürchten, weil sie bei allen Reichswehrbrigaden ihre Helfershelfer haben. Die Ausnahmestimmungen, die gegen sie erlassen worden sind, scheiden sie noch weniger, als die geltenden Gesetze, die allein genügen würden, alle offenen und geheimen Widerstände zu brechen, sofern nur die Regierung den Willen hätte, gegen die Aufständigen ernsthaft vorzugehen.

Wie wenig sich die Frontbändler an die Justizandrohungen des Herrn Ebert halten, geht noch daraus hervor, daß in der Tagung in Potsdam drei Forderungen gestellt wurden, die durch eine Delegation dem Reichswehrminister zur beschleunigten Durchsicht vorgelegt werden sollen. Es wird darin die Gleichstellung der Soldaten der Reichswehr und Marine mit denen der Gendarmeriepolizei gefordert, ferner die Anhebung der Frontbändler zu allen wirtschaftlichen Fragen, die die Auflösung und Umgruppierung mit sich bringt, und schließlich die sofortige systematische Chronometrie des Militärs in der gesamten Regierungsprelle und unerschütterliche Einsetzung der in ihr betriebenen Hebe.

Was die Frontbändler gegen diese „Hebe“ unternehmen wollen, wird nicht des Näheren ausgesprochen. Daraus geht aber in einer Mitteilung an die reaktionäre Presse, von Bonn aus den Soldaten nicht verdrängt, wenn ihnen endlich der Geduldsfaden reißt. Über kann es nicht mehr gehen: der Reichspräsident und der Reichswehrminister brechen den Frontbändlern mit Hochachtung und die Frontbändler geben darauf eine Gegenreaktion ab. Der Reichswehrminister Heffer aber erklärt: Der Frontbund kann nicht gelöst werden.

Lüttich, der Ankläger.

Vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I sollte gestern die Verhandlung gegen unseren früheren verantwortlichen Redakteur, Genossen Dielepp, wegen Verleumdung des Korps Lüttich stattfinden. In unserer gestrigen Nummer haben wir berichtet, worauf die Anklage fußt.

Der Angeklagte war bereit, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Er hatte die Genossen Dr. Herz und Rabold, gleichfalls Redakteure der „Freiheit“, als Zeugen laden lassen, damit diese bekunden sollten, daß 1. der Befehl tatsächlich existierte und 2. ähnliche Befehle, die sich nachher als befehrend herausstellten, von den militärischen Stellen bestritten worden sind. Von der Staatsanwaltschaft waren als Zeugen geladen: General von Lüttich, Leutnant Gerstenberg und Leutnant Peter sen vom Korps Lüttich. General v. Lüttich hatte die Ladung nicht akzeptiert, weil er nicht zugegen sein konnte, da sein Aufenthaltsort unbekannt ist. Leutnant Gerstenberg weilt zur Zeit zur Zeit in Riffingen. Mit Rücksicht auf das Fehlen der Hauptzeugen beantragte in der gestrigen Verhandlung der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Gexlach, Vertagung.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Boenkeheim, schloß sich diesem Antrage an, da der Angeklagte Wert darauf legt, daß der General von Lüttich unter seinem Eide darüber vernommen wird, ob er den Befehl gegeben hat. Nach kurzer Beratung beschloß das Gericht, die Verhandlung zu vertagen, bis der Aufenthaltsort des Generals von Lüttich ermittelt ist.

Wir bedauern sehr, daß der Prozeß vertagt werden mußte und vielleicht erst wieder aufgenommen wird, wenn das Interesse daran erloschen ist. Wir hätten gern schon jetzt gezeugt, wie bereits im November voriger Jahres, als unsere Artikel erschienen, die reaktionäre Fronde ihre Vorbereitungen getroffen hatte, um zu dem Schläge auszuholen, den sie dann bis zum 18. März d. J. aufschob. Einer der Hauptbeteiligten, General von Lüttich, hat die Klage gegen uns mit Veranlassung, trotzdem die späteren Ereignisse den nachträglichen Beweis lieferten, daß unsere damaligen Behauptungen ins Gedränge getroffen hatten.

Das Tölpel aber ist doch, daß die Anklage auch jetzt noch aufrechterhalten wird, trotzdem doch Lüttich' Hochverrat alle Behauptungen bestätigt hat. Bedarf es noch eines besseren Beweises für die Tatsache, daß sich nichts geändert hat und daß obwohl Lüttich gegenwärtig sich verheeren läßt, seine Mordbereitschaft für ihn zu kämpfen?

Reichswehr und Verfassung.

Der Reichswehrminister Geyer hatte am gestrigen Donnerstag die sämtlichen Generale der Reichswehr zu einer Aussprache versammelt, in der er unter anderem erklärte, daß es in der Reichswehr keine Versammlungsmöglichkeiten geben dürfe. Alles was dabei niemand ein Amt bekleiden, der nicht bereit sei, unter allen Umständen seine gegenüber dem Staat übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Aus der Frage der Regierungsbildung konnten keine Schwierigkeiten für die Reichswehr entstehen. Wer sich gegen die Verfassungswelt des Reichspräsidenten wende, verstoße unter allen Umständen gegen die Verfassung.

Als Vertreter der versammelten Generale führte Herr von Seekt aus, daß die Reichswehr ein Vertrauen blühe und als Soldat das die Verfassung unterstützen müsse. Diese ist die Schwere der Verfassung.

Wahlgeheimnis noch bis Freitag abend.

Wahlgeheimnis, die einem durch berufliche, persönliche oder sonstige Angelegenheiten außerhalb seines gewöhnlichen Aufenthaltsortes ermittelten Wahlereignis an seinem gewöhnlichen Aufenthaltsort noch bis Freitag abend ausgeübt werden. In einer Reihe Groß-Berliner Gemeinden war die Ausübung von Wahlgeheimnis schon abgeschloffen worden, da nach einer Mitteilung die Wahlereignisse drei Tage vor der Wahl dem Wahlkommissionär eingeweiht werden müssen. Auf Grund zahlreicher Beschwerden hat der Minister des Innern bei der Bundesregierung die Wahl bis Freitag verlegt.

Eine Erklärung Walter Dahms.

Walter Dahm teilt die „F. V. Z.“ um die Verbreitung der nachstehenden, mit den zustehenden Stellen verarbeiteten Erklärung:

„Es ist mir unangenehm, daß der Reichswehrminister Geyer sich über meine Verurteilung in der „Freiheit“ äußert, weil ich, denn selbst sind die dort niedergelegten Tatsachen von mir als Meinung des Herrn Geyer bei seiner Rede mit mir herangezogen aufgenommen worden; Geyer hat er von mir die Verurteilung als dringend notwendig und wegen Gefahr im Verzuge ausdrücklich verlangt. Ich habe sogar den Reichswehrminister auf die andere Auffassung des Oberpräsidenten aufmerksam gemacht. Er hat aber die Erklärung für richtig erklärt und die Verurteilung ausdrücklich als durchaus richtig bezeichnet. Wie er zu seiner letzten Erklärung kommt, ist mir daher unverständlich. Dazu bemerke ich, daß nach meiner Überzeugung, die ich auf Grund meiner persönlichen Beobachtung in 18 Jahren gewonnen habe, die Lage durchaus nicht so ernst ist, wie sie der Reichswehrminister schildert, sondern daß die Frontbünde dort von dem Oberpräsidenten in Bezug auf die Gefahr eines Reichswehrrückfalls unerschütterlich stehen geblieben sind.“

Ich bedauere das Verlangen um so mehr, als der preussische Staatsminister in hanzlänischer Weise durch meine Entfaltung nach Königsberg gewiesen hat, daß er alle Parteien zur Aufklärung der Zustände heranziehen möchte, damit ein objektives Bild über die Sachlage geschaffen werden kann.“

Das Reichswehrministerium gibt über die Tätigkeit des von der reaktionären Presse fertig angelegten falschen Reichswehrkommissars einen klaren Bericht, in dem hervorgehoben wird, daß die unerschütterlichen treuegelassenen Frontbündler noch vor der Veröffentlichung zur Anzeige gebracht werden sollen.

Vorher über den Frontbund. Die deutsche Friedensgesellschaft und der Bund Neues Vaterland haben beschlossen am Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, in der Hauptkassette des Westens, Wilhelmstr. 8, einen Vortrag über den Frontbund zu halten. Der Vortrag wird von dem Reichswehrminister Geyer gehalten werden. Die Frontbünde sind die reaktionäre Frontbünde, die die Frontbünde gegen die Frontbünde sprechen. Die Frontbünde werden 80

Boykott der Friseurgeschäfte.

Arbeiter, Angestellte Groß-Berlins!

Seit drei Wochen stehen die organisierten Friseurgehilfen und Gehilfinnen Groß-Berlins in festigstem Lokalkampf. Alle Versuche der streikenden Friseure, mit ihren Angehörigen zu Verhandlungen zu kommen, sind bisher gescheitert.

Den Schiedspruch der Schlichtungskommission haben die Arbeitgeber abgelehnt. Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium wurden gleichfalls abgelehnt.

Der Versuch der Berliner Gewerkschaftskommission, zwischen den streikenden Friseuren und dem Interessentenverband der Friseure Groß-Berlins eine Einigung herbeizuführen, scheiterte gleichfalls an der unnachgiebigen Haltung der Arbeitgeber.

Der Versuch der Gewerkschaftskommission, vor der Verkündung des Boykotts in letzter Stunde zu Verhandlungen zu kommen, scheiterte an der brutalen Ablehnung des Vertreters des Interessentenverbandes, des Obermeisters Herrn Leopold.

Arbeiter und Angestellte Groß-Berlins! Aus diesem Grunde steht sich die Berliner Gewerkschaftskommission grüßlich über sämtliche Groß-Berliner Friseurgeschäfte den Boykott zu verhängen. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission wird ermächtigt, falls die Arbeitgeber sich zu Verhandlungen bereit erklärt haben, die Aufhebung des Boykotts zu beschließen. Die streikenden Friseure wollen arbeiten! Sie kämpfen um eine menschenwürdige Existenz!

In allen Stadtteilen Groß-Berlins werden fliegende Friseurstudien in genügender Anzahl eröffnet, die durch die Tagespresse und gelbe, durch die Zentralfreileitung untergeordnete Plakate bekanntgegeben werden.

Kein organisierter Arbeiter und Angestellter darf von heute ab eine andere als durch die Streikleitung freigegebene Friseur-Lade besuchen.

Keiner darf zum Boykottbrecher werden! Hoch die Solidariät! Die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung. J. A. Rusch.

Der Kampf der Unternehmer gegen die Betriebsräte.

Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ veröffentlicht ein streng vertrauliches Rundschreiben, das Ende Februar d. J. an alle Mitglieder der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände erging. Das Rundschreiben lautet:

In der Protokollangelegenheit der deutschen Industrie am 11. Dezember 1919 gegen den Entwurf des Betriebsrätegesetzes wurde für den Fall der Annahme des Gesetzes durch die Nationalversammlung und den Reichstag ohne Berücksichtigung der Forderungen der Industrie ein Aktionsausschuss mit weitgehendsten Vollmachten eingesetzt, dem es oblag, die Interessen der Unternehmer bei der Durchführung des Gesetzes mit allen gesetzlichen Mitteln rücksichtslos zu wahren. Nachdem das Betriebsrätegesetz durch die Nationalversammlung und den Reichstag verabschiedet worden ist, hat der Aktionsausschuss am 2. Februar 1920 die nunmehr zu ergreifenden Maßnahmen bezogen.

Die einstimmige Auffassung des Aktionsausschusses geht dahin, daß zur Zeit von einer Befristung der Stilllegung der Betriebe abgesehen werden muß, weil unter den gegenwärtigen Umständen die Forderung der Produktion und damit die noch größere Rahmung der deutschen Wirtschaft das schwerwiegendere Übel sein würde.

Dagegen hält es der Aktionsausschuss für die Aufgabe der Zentralverbände, eine umfassende Klärung der Industrie über den Inhalt des Betriebsrätegesetzes und über die Grenzen seiner Wirksamkeit vorzunehmen und wird alle hierfür erforderlichen Maßnahmen treffen. Inzwischen soll auf die Forderung der Nationalversammlung eingewirkt werden, daß die noch zu erlassenden, im Betriebsrätegesetz angelegten Ausfüh-

rungsbestimmungen und besonderen Gesetze (betreffend Ausschüsse und Betriebsräte) so gefaßt werden, daß die in den bereit zu tretenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes liegenden Gefahren aufgehoben oder mindestens gemildert werden.

Im Interesse der Solidariät und der Wirksamkeit müssen wir von unseren Mitgliedern unbedingt verlangen, daß weitere als die gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Zugeständnisse, die nach § 62 an sich denkbar sind, unter keinen Umständen gemacht werden. Wir ersuchen deshalb die uns angeschlossenen Mitgliedsverbände, bei den aufzustellenden Arbeitsordnungen und bei den abzuschließenden Tarifverträgen und sonstigen Vereinbarungen mit der Arbeiterschaft über den Nachtrag der gesetzlichen Verpflichtungen unbedingt nicht hinauszusehen und die gleiche Verpflichtung den ihnen angeschlossenen Verbänden und Firmen aufzuerlegen.

Nur bei einem solchen einheitlichen und geschlossenen Vorgehen der Industrie kann erwartet werden, daß in Zukunft über die berechtigten Forderungen der Industrie nicht wieder wie im Falle des Betriebsrätegesetzes zur Tagesordnung übergegangen, sondern daß die Industrie in der Lage sein wird, ihre gewichtige Stimme auszusprechen in die Wege zu leiten.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Der 1. Vorsitzende: (gez.) Dr. Sorge. Der Geschäftsführer: Dr. Tängler.

Wir haben längst darauf hingewiesen, daß das Betriebsrätegesetz nicht ist, als Kampfboden. Der Inhalt des Schreibens überrascht uns auch nicht, denn die Wirkungen der von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände getroffenen Maßnahmen gegen das Gesetz sind bereits sichtbar. Auch darauf haben wir schon mehrfach aufmerksam gemacht.

Dagegen ist es bemerkenswert, daß nun auch dem gewerkschaftsrechtlichen Nachrichtendienst die Klagen über das Bestreben der organisierten Schornmacher aufzugeben beginnen. Lebt man doch dort in dem Glauben, daß sich vermög des Einflusses, den die Gewerkschaften in den Arbeitsgemeinschaften haben, alles schließlich und schließlich zum Vorteil der Arbeiter regeln lassen wird. Triumphierend verkündete man, daß es gelungen sei, die Unternehmer vom Herr-im-Haus-Standpunkt abzubringen. Die Arbeitsgemeinschaften seien ein Beweis dafür, sie seien der Ausdruck der „Selbstbestimmung des Kapitals“, wie Schippel noch eben in den „Sozialistischen Monatsheften“ schrieb. Hier zeigt sich, wie die Selbstbestimmung der Schornmacher aussieht, und auch der gewerkschaftliche Nachrichtendienst erkennt nun, daß System im Kampfe der Unternehmerorganisationen gegen die Gewerkschaften, der unter Umständen sogar mit dem Mittel der systematischen Betriebsstillegung geführt werden soll, liegt. Er steht plötzlich ein, daß die Trümmern, die letzten Endes die Unternehmerorganisationen beherrschen, politisch vollständig auf dem Boden der Kapitalisten stehen und daß das vom „Nachrichtendienst“ plötzlich erkannte System den Aues habe, die von der Arbeiterschaft nach der Revolution erwarren Vorteile wiederum zu beschneiden.

Aber ist das Betriebsrätegesetz selbst nicht schon ein Schritt rückwärts, und haben die Männer, die sich um den „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst“ gruppieren, nicht dazu beigetragen, daß dieser Schritt getan werden konnte? Sind sie nicht Schritt für Schritt zurückgewichen vor den Annahmen des Unternehmertums, nur um die Koalition mit der Bourgeoisie in der Regierung und mit den organisierten Unternehmern in den Arbeitsgemeinschaften zu retten? Ist es überhaupt möglich, daß führende Arbeiterorganisationen, mögen sie nun politischer oder wirtschaftlicher Natur sein, irgendeine Koalition mit den Feinden des Proletariats eingehen können, wenn sie nicht sich selbst aufgeben wollen?

Diese Fragen müssen immer wieder gestellt werden. Wenn der „Nachrichtendienst“ die deutsche Arbeiterschaft auffordert, auf der Hut zu sein, so müssen wir diese Mahnung erweitern, indem wir die Arbeiterschaft auffordern, auch acht darauf zu geben, daß ihre Führer

und Funktionäre ihre verfehlte Kompromißpolitik nicht ins Uferlose fortsetzen. Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ fühlt, daß der drohende Unternehmerterror auch seine politischen Folgen wie Hintergründe hat, und fordert daher die Arbeiterschaft auf, bei den Wahlen alles aufzubieten, um eine Stärkung der grundsätzlich arbeitserfeindlichen Rechtsparteien bis weit in die Reihen der Demokraten hinein zu verhindern. Auch diese Worte müssen wir erweitern, indem wir an alle Arbeiterorganisationen die Aufforderung richten, die scharfe Trennung zwischen Proletariat und Bourgeoisie nicht nur beim Wahlkampf, sondern auch in der Praxis mit äußerster Rücksichtslosigkeit durchzuführen und jede Gemeinheit mit den Organisationen des Unternehmertums anzugehen, die den Willen des Proletariats lähmt und keinen Arm bindet. Nur so kann die Arbeiterschaft den Kampf gegen das Unternehmertum frei und erfolgreich führen und das Betriebsrätegesetz ausnützen, um „vom sozialistischen Standpunkt aus größeren Einfluß“ im Produktionsprozess zu bekommen, wie der „Nachrichtendienst“ schreibt.

Gewerkschaftliches.

Angestellte und Reichstagswahl.

In den Armen liegen sie beide.

Die bürgerlichen Parteien kühlen bei den Angestellten um ihre Stimmen bei der Reichstagswahl. Sie haben an hervorragender Stelle die reaktionären Führer von Angestelltenverbänden aufgestellt, die sich großspurig „Gewerkschaft und Interessenvertretung von Angestellten“ nennen. Die Deutschnationalistische Partei führt Herrn Dr. Engel und Herrn Dr. Klein als vom Arbeitgeberverband des deutschen Großhandels zusammen mit Herrn Edmund Rees vom Verein der Deutschen Kaufleute (Nicht-Zünderische Richtung) und Fraulein Wäcker vom Verband der weiblichen Handel- und Bureauangestellten Arm in Arm mit Herrn Friedrich von Siemens!

Bei der Deutschen Volkspartei, die ein geheimes Bündnis mit der Deutschnationalen Partei als Wahlbündnis zum Reichstagswahl getroffen hat, figuriert als Kandidat Herr Otto Thiel vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband Arm in Arm mit dem Erzreaktionär Stresemann.

Die Angestellten haben bei allen Tarifverhandlungen die Erfahrung machen müssen, daß die genannten Vertreter der Angestelltenverbände für die Arbeitgeber Vorparadiese leisteten und die Angestellteninteressen ständig verraten haben. Die bürgerlichen Parteien bedienen sich dieser Leute, um Stimmenfang für Arbeitgeberinteressen zu treiben. Den Arbeitgebern kann man es nicht übel nehmen, daß sie diesen Versuch machen. Denjenigen Angestellten aber, die nach den bisherigen Erfahrungen auch heute noch ihre Stimmen für solche Listen abgeben, ist nicht mehr zu helfen. Für sie gilt das Sprichwort von der Hölle, die ihre Hehler selber wählt!

Kein Streit im Bankgewerbe.

In den gestrigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ist eine vorläufige Einigung erzielt worden. Die Angestellten erhalten eine besondere Feuerungszulage von 200 M. für Verheiratete und 135 M. für Ledige, im voraus monatlich zahlbar, ab 1. April 1920. Dieses Ergebnis bringt den Angestellten nur einen kleinen Teil dessen, was ihnen durch Vermittlungsvorschläge der Unparteiischen bereits zugebilligt war.

Die Schuld an diesem Ausgang liegt in dem Deutschen Bankbeamtenverein, der vor 14 Tagen, als 80.000 Bankbeamte im Reich im Streit standen und die Situation für einen Generalstreik die günstigste war, den Ausbruch des Kampfes in Berlin durch Streikandrohung hintertrieben hat. Heute ist der Streit in Rheinland-Westfalen zusammengebrochen, in Süddeutschland dauert er bereits solange, daß es nicht möglich gewesen wäre, ihn noch wochenlang aufrechtzuerhalten. Nur das geschlossene

Wortern nichts nachtrage; was denn auch, jetzt, Jahre hinterher? Sie legten sich zurecht und reimten sich zusammen, was sie eben davon wußten und nicht wußten. Wohl hat der Bauer einmal d'Felen' in Meesbinder erwidert gemacht, aber nun ist sie dem kein Weib und es war nicht Flug von ihm, sich den Kopf kratzen zu machen über so ein Geschehen, das lang' vorbei sei und wovon sich viel hereden, aber nichts erweisen lasse! Oder sollte er einen Groll aufbewahren, weil sich der Sternsteinhofer damals an ihm vergriffen? Ne, du mein, was war' das für eine unfruchtbare Feindschaft! Was könnte der arme Felder tun? Finster schauen, den Rücken kehren, die Faust im Sand machen und in einer Ecke mausen; da ist es doch klüger, er spült den Vergeber und Vergeßer, sonderlich, wenn sich noch abendeten die ärztliche Befragung durch einen handgreiflichen, haren Ruhen verpakt. Er wird nicht dumme sein und wohl zur Verrechnung mit dem Bauern doppelt und dreifache Kreide nehmen!

Man fand es ganz rechtschaffen und froh von dem jungen Sternsteinhofer, daß er für seines Weibes Genesung so ein „Heilig's“ in die Kirche opfert; um so mehr, da das Gefinde ausfragte, wie er neuzzeit gar nimmer wild tue gegen die Bäuerin und recht freundschaftlich mit ihr verkehre. Nun vermochte man sich auch zu erklären, was ihn zu der Sternhofer geführt. Gewiß war er um die Meesbinderische Güte, wie die Rote um den heißen Brei, herumgeschickelt und suchte durch die Mäse zu erfahren, in welcher Weis' wohl dort seine Bestellung anzubringen und nachdem ihm dies gelungen und ihm die Sache einmal im Kopf und am Herzen lag, nahm es nicht wunder, daß die Mäse sich das zuzunegen machte und ihm auf den Hof nachließ und Kosten zurück, für die er sie jedesmal entlohnte, und es war ganz natürlich, daß er nun selbst öfter bei den Meesbinder-Reuten einproch, um nachzusehen, wie die Arbeit „fördere“, und wenn er dort nur kurz verweilte und lieber bei der Alten abstrafte, so war das, nach dem, was einst mochten ihm und der Jungen vorgefallen, nur ehrbar und klug und wich jedem argen Schein und jedem Anlaß zu unbesonnenem Gered' aus.

Woch' um Woch' Monat um Monat verstrich, da hörten plötzlich die Zwischenträger der alten Hindsofer auf, sie ließ sich auf dem Hofe nicht mehr bilden, desto häufiger wurden die Bäume des jungen Sternsteinhofers in den beiden letzten Quätern am unteren Ende des Dorfes.

Worteluna solat

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

Ja, ja, — ja, ja. Der Bauer erklärte, er lähe das schler schon selber ein und merke wohl, daß er zum rechten Manne gekommen sei; nur möge der nun auch machen und trachten, das Ganze im Wälde fertig zu bringen.

Muders! kraute sich hinter dem Ohr. „Ich kann's nit gleich angehn, es seht mer an ein'm taglichen Gola dazu, muß mir erst ein's beschaffen, wann ich wieder nach der Stadt fahr'.“

„Ich hab' morgen dort a'tun,“ sagte der Bauer, „wä' mir lieb, du fahrest mit mir, so häit's dann weiter kein Anstehn.“

„Ich bin dabel.“

„Was macht, ich hol' dich morgen. D'Etund weis' ich noch nit. Dicht will ich nit länger abhalten. Gute Nacht, Deutein!“

Neben dem Sessel an der Stubentür, auf welchem das Kind saß, kniete Selene. „Na, sag: Dank' ich'n und b'bit' Gott! Babahl!“ sprach sie ihm vor und ergriff, ohne aufzufassen, das runde Gerunden des Meimon und bewegte es, wie grüßend.

Der Hofschänker gab seiner neuen Kundenschaft bis zur Haustürschwelle das Geleit, dort nicht er mit dem Kopfe und der Bauer griff an den Ort.

Am andern Vormittag kam der junge Sternsteinhofer angefahren. Er sprang vom Wägelchen und trat grüßend in die Stube. „No, sein wir's?“ fragte er.

„Gleich,“ antwortete der Herrgottsmacher und lief in die Stube, um sich „jonnidallig“ anzukleiden.

Die Meesbinderin lehnte an dem Herde, zu ihren Füßen Wätle der kleine Muders.

Loni rückte die Küchentüre, die nach der Straße offen stand, halb zu, dann schaute er Selene an der Hand. „Veracht, dir's Gott.“ Wüerte er, „daß d' doch 'm Kind lernst freundschaft' sein.“

* Einsetzen für Anstoch, Etwas nicht ansetzen lassen um es nicht zu Anstoch nehmen

„m Kind kann's Freundschaftbezeig'n nur niken, und kein Schaden bringen.“

„Dir auch nit, Leni, dir auch nit. Die ich mir hab' sagen lassen, so is ja g'wois.“ — Er deutete hinter 's nach der Stube, aus welcher man Schranflüren und Schubläden freilich hörte.

Selene suchte mit den Schütern.

„Es is a Schidung, sag' ich dir,“ fuhr er, mit halblauter Stimme eifrig auf sie einredend, fort, „vom Anfang war mein Denken, es müßt a solche dabel sein. Doch's seht's Zeit um allweil andere als d'weil's b'stellt is, was wä' das sonst, wenn kein' Schidung?“

„Und wann — so wä' Borgreifen nur sündhaft und ruhig Ruwarten am Platz. Was sich schiden soll, das schid' sich dann schon.“

„Ja, weis't, Leni,“ stotterte er, „mit'm Ruwarten is's so a eigene Sach!“

Das junge Weib stieß ein paar belle Lackhaute heraus, dann hielt es sich erschreckt den Mund zu und sah plötzlich ernst. „Das loß' dir vergehn. Verlang' dir a'ries' weiter kein' Dummheit mehr, es war an der ersten überg'nug.“

„Leni, ich wä' g'wois nit af dich verfallen und 's ganze häit' nimmer kein Sinn, wenn wir uns nit schon gern a'bab' hätten.“

Selene ritzelte die Brauen; mit einer kurzen Wendung des Kopfes und einem Wink der Augen nach der Türe, lippte sie: „Wit! Es ist all's still d'rin“ und auf das Kind weisend: „Auch der hört und weis' schon a'f'wägen.“

„Geh', sag' ihm, er soll mir a' Buß' geb'n.“

„Wenach! Er müßt' schrei'n! Es is's nit g'wohnt. Er fäht neamd.“ Sie schob den Bauer, der sich niederbeugte, zurück und trat selbst einen Schritt zur Seite. „Weiß' uns vom Leid.“

„Leni, 'n Duden boden!“, der wird noch 'mal —“

Da trat der Herrgottsmacher aus der Stube und der Sternsteinhofer rief ihm entgegen: „Grad' wollt' ich sag'n, noch 'mal so lang' wie ich brauchst du zum Angwandten! Ich bin viel klüner. Na komm!“

Die beiden Männer fuhren hinweg. Bald wuchten die Zwischenträger den Grund der blühlichen Eintracht zwischen dem jungen Sternsteinhofer und dem Herrgottsmacher. Sie fanden es ganz verständlich und verständlich, daß der arme Handwerker dem reichen

Kaufleute der Berliner Angestellten vermochte noch soviel Druck auszuüben, wie die Angehörigen von den Unternehmern zu erreichen. Den Bankleuten wäre ein Streik, der einige Aussicht gibt, die Organisationen niederzukämpfen zu können, sicher sehr erwünscht gewesen.

Die Verammlung der Bankangestellten, die gestern abend in den Räumen der Bauerei Königsplatz das Verhandlungsergebnis erwartete, war wieder massenhaft besucht. Daß die große Mehrheit hinter dem Allgemeinen Verband steht, zeigte sich in dem begeisterten Empfang und dem stürmischen Beifall, die dem Genossen Bruno Marx zuteil wurden, während die Rede des Herrn Fürstenberg, der zuerst von den Verhandlungen berichtete, eine kühle Aufnahme fand. Marx gab das Abstimmungsergebnis aus den Betrieben bekannt. Es haben mehr als 70 Prozent der Angestellten für den Streik gestimmt. Es würde sich jedoch nicht um einen Kampf nur in Berlin handeln, da es darauf ankommt, das Feuer in allen Ecken des Reiches emporlodern zu lassen. Dazu war die beste Gelegenheit versäumt. In Anbetracht der bevorstehenden Reichstagsverhandlungen, für die die Kampfkraft ungebrochen erhalten werden muß, ist der jetzige Vorschlag angenommen worden. Diejenigen, die mit Recht unzufrieden sind, mögen bedenken, daß nur herauszufinden ist, was den realen Machtverhältnissen entspricht. Diese Aktion war der erste Schritt zu dem großen Kampf, der noch bevorsteht. Der Reichsverband der Bankleuten hat erfahren, daß die Beamtenchaft Gewehr bei Fuß steht und bereit ist, sich ihr Recht zu erkämpfen.

In einer großen Parallelversammlung im Garten sprach Genosse Weich vom Allgemeinen Verband in gleichem Sinne. Die Diskussionsredner drückten zum Ausdruck, daß sofort an die Verwirklichung des Kampfes um den Reichstaxtarif gegangen werden muß.

Achtung! Betriebsräte.

Da die Veröffentlichung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unklar gehalten ist, die Einzelbetriebe sich an die Berliner Gewerkschaftskommission wenden, ergibt hiermit die Aufforderung:

Die Betriebsräte der einzelnen Betriebe haben sich unbedingt an ihre Gewerkschaften zu wenden und empfangen von dort ihr Material und ihre Legitimationen.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins u. Umgegend.
J. A. Hildesheim.

Sum Friseurstreik.

Nachdem die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Gehilfen am letzten Dienstag ergebnislos verlaufen waren, hatte die Berliner Gewerkschaftskommission eine Vermittlungsaktion unternommen. Aber auch dieser Versuch, eine Einigung herbeizuführen, scheint ohne Erfolg bleiben zu sollen. Die Gewerkschaftskommission hatte den Interessensverband der Friseure ersucht, unterzählig in Verhandlungen einzutreten, die Arbeitgeber hatten aber erklärt, mit Rücksicht auf die Wahlen vor kommenden Montag nicht verhandeln zu können. Mit dieser Antwort hat sich die Gewerkschaftskommission nicht begnügt, sondern sie hat am gestrigen Vormittag dem Interessensverband ein dreifaches Ultimatum für die Verhandlungsbereitschaft erklärt und für den Fall einer obermöglichen ablehnenden Haltung der Arbeitgeber scharfe Maßnahmen angedroht. Der Interessensverband verblieb jedoch bei der Erklärung, daß er vor Beginn der nächsten Woche nicht verhandeln könne.

Die Gewerkschaftskommission hat daraufhin in ihrer gestrigen Plenarsitzung einstimmig beschlossen, den Boykott über sämtliche Groß-Berliner Friseurgeschäfte zu verhängen.

Achtung! Möbeltransportarbeiter. In der gestrigen Plenarsitzung ist ein Druckfehler unterlaufen. Es muß nicht heißen: rückwirkend vom 15. März 1920, sondern rückwirkend vom 15. Mai 1920.

Groß-Berlin.

Stadtverordnetenversammlung.

Bei Beginn der Sitzung wurde der Genosse Seid vom Oberbürgermeister Weismuth als Stadtrat eingeführt und verpflichtet. Der Herr Oberbürgermeister verwies besonders darauf, daß Genosse Seid mit seiner neuen Würde den größten Teil der Würde auf sich nehme, die vordem auf den Schultern des untergeordneten Genossen Wurm ruhte.

Die Vorlage betreffend den Vergütungs- und Monteltarif für die Hilfskräfte des Magistrats verwies die Versammlung an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern, der nach beschleunigter Durchberatung dieselbe der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorlegen soll.

Die englische Hilfsmission beabsichtigt, neben der Schulpeisung auch für etwa 1000 Studenten eine Mittagspisung gegen geringe Vergütung zu schaffen. Der Magistrat empfiehlt als dazu geeignet die Räume des Jägerheims am Oantienburger Tor.

Der Stadtverordnetenvorsteher Hedemann ergreift die Gelegenheit, um den englischen und amerikanischen Helfern den Dank der Versammlung und der Berliner Bevölkerung auszusprechen.

Die unabhängige Fraktion hat einen Antrag eingebracht, in dem der Magistrat zu einer Prüfung der beschlossenen Steuerföge in der Lustbarkeitssteuer aufgefordert wird.

Die Lustbarkeitssteuer in ihrer gegenwärtigen Form besteht neben Darbietungen niederer Art auch künstlerische Veranstaltungen, Theaterdarstellungen und andere ernste und bildende Darbietungen. Die unabhängige Fraktion der Stadtverordnetenversammlung, die der großen Masse der Bevölkerung die Möglichkeit eines edlen Kunstgenusses nicht nehmen wollte, hat deswegen von vornherein gegen diese Form der Lustbarkeitssteuer gestimmt. Die bisherigen Ergebnisse der Lustbarkeitssteuer ergeben denn auch eine schwere Gefährdung der Kunstpflege. Genosse Dr. Weinberg, der den Standpunkt unserer Fraktion in kompetentester Weise vertritt, bewies dies auch an einer infamistischen Statistik über den Rückgang des Besuches gerade in den erntereichsten Theaterinstituten. Sie bedeutet hier geradezu eine Erdrosselung der Kunst. Im Interesse der gütigen Kultur ersuchte er um Annahme des Antrages.

Der Kammerer war der Meinung, daß die Klagen der Theaterunternehmer sich nicht allein aus der Lustbarkeitssteuer allein erklärten.

Für die S. P. D. schlug Herrmann eine mildere Form des Antrages vor.

Da der Antrag unserer Genossen von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurde, kam der Antrag Barfowski und Genossen (S. P. D.) zur Annahme.

Die Stadtverordneten Frau Friedenthal und Genossen beantragten, die vom Berliner Frauenbund unterhaltene Hilfsstelle beim Berliner Polizei-Präsidium auf die Stadt zu übernehmen. Die Hilfsstelle hat die Aufgabe, die auf eine solche Ebene geratenen jungen Männer, vor allen Dingen aber die jungen Mädchen, welche der Prostitution zu verfallen drohen, dem geordneten Leben wieder zuzuführen.

Den zukünftigen Standpunkt der U. S. P.-Fraktion vertritt die Genossin Weich.

Der Antrag wird angenommen.

Der rechtssozialistische Stadtverordnete Ritter

einen Antrag Barfowski und Genossen betreffend die Belieferung Berlins mit Fernstrom.

Ritter schildert die Verhältnisse, die sich aus einer unzulänglichen Belieferung Berlins mit elektrischem Strom ergeben. Nach Angabe des Magistratsreferenten ist Berlin in erheblichem Maße auf die Stromlieferung aus Galpa angewiesen. Die Hoffnung auf eine Belieferung aus der Niederlausitz ist leider aufgehoben geworden. Ein Teil des Stromes aus Galpa soll auch nach Sachsen geliefert werden. Im kommenden Winter stehen wir vor einer Katastrophe, wenn die verantwortlichen Stellen im Reich nicht alles unternehmen, um und zuvor zu bewahren. Für den Antrag sprach von unserer Seite Genosse Sings. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Es folgte dann eine geheime Sitzung.

Aufsichtsrat der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ und Revisionskommission.

Sonnabend, 6 Uhr, Aufsichtsratsitzung mit Revisionskommission. Pünktlich. Schiffbauerdamm 19.

Der Wahlschein für die Gemeindevwahl.

Der in Berlin vom Wahlbureau des Magistrats, C. 2, Stralauer Str. 44/45, auf Ersuchen anzufordern den Wahlschein dient nicht dem gleichen Zweck wie der Reichstagswahlschein, der infolge beruflicher oder sonstiger Behinderung am Orte zur Stimmabgabe in jedem Wahlbezirk und in jedem beliebigen Stimmbezirk berechtigt. Vielmehr soll der Stadtwahlschein reitens empfangenen Kriegesbeschädigten, heimgekehrten Kriegs- und Zivilgefangenen sowie Flüchtlingen aus den verlorenen oder besetzten Gebieten das Wahlrecht deshalb sichern, weil sie durch ihre unfreiwillige Abwesenheit vom Wohnorte und die damit verbundene spätere Rückkehr die zur Ausübung des Wahlrechts erforderliche Anwesenheitsfrist von 1 Jahr (im neuen Berlin) schuldlos nicht erreichen können. Sie können mit diesem Wahlschein aber nur in einem Stimmbezirk ihres Wohnortes, dessen Gemeindevbehörde den Wahlschein ausgestellt hat, wählen.

Kirche und Wahlagitation.

Die Kirche und ihre „Diener“ wundern sich darüber, daß immer mehr dieser Einrichtung den Rücken kehren. Sie tun so, als ob das auf eine Verbekung zurückzuführen wäre, während doch die Schuld der kirchlichen Machthaber an vielen reaktionären Geschäften nicht zu verkennen ist. Auch bei der bevorstehenden Reichstagswahl stellen sich viele Kirchenbeamte wieder in den Dienst der volksfeindlichen Parteien. Es wird uns a. a. berichtet, daß am Sonntag in der Wohlhoffstraße den Besuchern des Gottesdienstes beim Verlassen der Kirche durch den Kirchenrentner ein kräftiger Wablaruf der Deutschnationalen Volkspartei mit dem Programm ihrer Wahlversammlungen in die Hand gedrückt wurde.

Den Sozialisten macht man den Vorwurf, sie würden, wenn sie zur Macht kommen, die Kirchen zu weltlichen Mäkten und speziell für ihre Versammlungen benutzen. Ist es etwas anderes, was heute schon von den Frommen getan wird. Etwas weniger Heuchelei möchten wir ihnen schon empfehlen.

Die Westarp-Garde.

Daß die Fälle, wo Anhänger der Deutschnationalen Partei bewaffnet in die öffentlichen Versammlungen gehen und dort die Besucher bedrohen, nicht vereinzelt sind, beweist auch der Verlauf einer Versammlung in Mariendorf. In einer Versammlung, einberufen von der Deutschnationalen, sprach am Mittwoch Graf Westarp wie gewöhnlich in äußerst provozierender Weise, worauf es wieder zu häßlichen Zwischenfällen kam. Es wurde festgestellt, daß die persönlichen Begleiter Westarps mit Waffen ausgerüstet waren. Die Herren, anscheinend Offiziere in Zivil, wurden von einigen beherzten Genossen untersucht und ihnen mehrere Kugeln in den Rücken und in die Arme abgenommen. Nach Verabreichung einer gebührenden Tracht Prügel wurden die deutschnationalen Aufbaupolitiker an die frische Luft befördert. Die Versammlung war zu neun Zehnteln von Arbeitern besucht. Die paar Nationalen hatten während des Zwischenfalls fluchtartig den Saal verlassen. Graf Westarp sollte bald bald einspazieren haben, daß er in Berlin nicht werden kann. Glaubt er unter dem Schutz von Worbwaffen die Arbeiterschaft weiter beschimpfen zu können?

Nach im alten Westen. Ein Raubmord, wurde gestern in der Steglitzer Str. 23 entdeckt. Hier wohnte im zweiten Stock des Quergebäudes ein 45 Jahre alter Kunsthändler Alfred Reiser, der sich besonders mit dem Vertrieb von Teppichen, Celgemälden und Allertüchern aller Art beschäftigte. Ein Angestellter fand keinen Einlass, ließ durch einen Schloffer öffnen und fand im Zimmer alle Beköstigung, Vertiklo, Spind usw. durchwühlt. Was dem Reiser zur rechten Hand war sogar die Kattrage herausgenommen. Im zweiten Zimmer lag Reiser mit dem Rücken auf dem Teppich neben einem anderen, den er wohl einem Kurden ausgereicht und gezeigt haben mag. Kopf und Weste waren ihm aufgerissen, Papiere und dergleichen lagen umher. Auch im dritten Zimmer, dem besten, in dem besonders die Oelbilder hängen, sah es wüst aus. Auch hier waren die Beköstigung geöffnet oder zerstört. Der Kunsthändler scheint erschlagen oder erstochen worden zu sein.

Die Wirrenwerber Familientragdile. Am gestrigen Donnerstag wurden die Leichen der Frau Minna Reimer und ihrer Kinder Erna und Bruno obduziert. Die Untersuchung ergab, daß alle drei aus unmittelbarer Nähe getötet sein müssen, da sich Spuren von Pulvergasen in den Wunden befanden. Im Körper der Frau wurden auch Angelegenheiten gefunden, daß die Götter allem Anschein nach vorher Gift zu sich genommen hat. Der Befund der Leichen vertritt den Verdacht, daß der Ehemann die entsehlende Tat selbst verübt hat. Nach den einwandfreien Neugenaussagen, die besagen, daß Reimer seine Familie auf dem Auszuge begleitet habe, kann kein Zweifel daran sein, daß der Ehemann und Vater als Täter in Betracht kommt. Vorläufig bestreitet Reimer jegliche Schuld und verweigert bei seiner ersten Aussage, wonach er seine Familie nicht begleitet habe. Der Verhaftete wurde vor der Obduktion noch einmal zu den Leichen geführt, blieb aber vollkommen ruhig und zeigte keinerlei Spuren von Erregung.

Die Ortsgruppe Rarden heimattreuer Offiziere hält am Sonnabend, den 6. Juni, abends 7 Uhr, in der Aula der Oberrealschule, Poststr. 45-46, eine Versammlung ab.

Die Verkaufsstelle für die Gewerkschaftshaus, teilt uns mit, daß bei ihr sämtliche Eintrittskarten zu den Philharmonischen Konzerten bis inkl. 22. Juni ausverkauft sind.

Arbeiterkameradenband, Johannes Obens. Am Tage der Wahl unterhält die Kolonne eine vollständige Wache im Lokal von Stippköhl, Schönertlinder Str. 6. Allen Kriegsverletzten, Kranken und schwächeren Frauen, die nicht allein zur Wahl gehen können, stellt die Kolonne Samariter und Samariterinnen, welche Obengenannte zum Wahllokal begleiten oder tragen, zur Verfügung. Es wird dringend gewünscht, sich schon jetzt bei den Vorstehenden Fritz Wolff, Flemingstr. 14, zu melden. Die Beteiligung führt die Kolonne unentgeltlich aus. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, 6. Juni, eine Mitgliederversammlung im obengenannten Lokal, abends 7 Uhr, stattfindet.

Im Lehrereinstandhaus teilt täglich abends 8 Uhr der Raubfänger Dr. Kahner auf. Die Klasse für seine Verstellungen bildet keine Vorposten. Sein Können und das reichliche Material überreichen alle Erwartungen. Beim Ge-

schwindigkeit auch keine Exzesse ist, man kommt aus dem Staunen über die Leistungen des Künstlers jedoch nicht heraus.

Neben Beweise der Abstraktionslehre hält Dr. C. Stieler am Montag, den 7. Juni, abends 8 Uhr, in der Humboldt-Hochschule, Kula Straße 60, einen unentgeltlichen Vortragsvortrag.

Lebensmittellender.

Pankow. Ab Freitag werden in den bekannten Geschäften gegen Abrechnung der Kassen 28 und 29 der allgemeinen Lebensmittelkarte zusammen 200 Gramm Hafersoden ausgegeben.

Aus den Organisationen.

Bezirksrat Berlin-Mitte. Einmalige Kandidaten haben ihre Adressen und Zustimmungserklärungen dem Obmann Ehrst, Gr. Jüdenhof 11, bis heute abend zuzustellen.

3. Bezirk. Heute abend 8 Uhr Flugblattverteilung. Nachdem trifft sich die Abteilung bei Haas, Bergmannstr. 97, die 2. Abteilung bei Bieler, Dissenbachstr. 76.

4. Bezirk. Abteilungsleiter sofort von den Genossen Eimer und Helmuth Material für die Wahlen abholen. — In den amtlichen Wahllokalen stellen sich die Mitglieder der Agitations- und der Zeitungskommission auf, um Mitglieder resp. Abonnenten zu werben. — Sonntag 7 Uhr Diskussionskonferenz in der Schulau, Reichenberger Str. 67.

— Dienstag 7 Uhr öffentliche Wahlerversammlung für die Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen der Graumann, Koenigsstr. 27.

4. Bezirk. Heute Flugblattverteilung. Die Flugblätter sind von Genossin die Wache vor Helmuth, Köppler Str. 58, abzuholen.

8. Bezirk. Demonstration nach dem Wirtshaus zum Steuerhaus am Sonnabend 7 Uhr. Die Genossen versammeln sich in ihren Bezirks- und Abteilungslokalen. Abmarsch vom Platzplatz Punkt 8 Uhr.

12. Bezirk. Heute 7 Uhr Flugblattverteilung von den Jahlabende lokalen aus, Anstalt der Extra-Jahlabende.

14. Bezirk. Heute 7 1/2 Uhr Flugblattverteilung, anschließend Extra-Jahlabende. Erscheinen aller Genossen unbedingt erforderlich. Die Genossen gehen nach der Flugblattverteilung zur Frauenversammlung, Wielestr. 24. Referent: Gen. Redebour. — Das Zentralwahlbureau am 6. Juni ist bei Kaiser, Hohenschloßstr. 34. Dort sind alle übrigen Ämter zur weiteren Verteilung zu senden.

17. Bezirk. 3. Abteilung. Heute abend 7 Uhr Extra-Jahlabende. Einleitung zur Wahlarbeit am Sonntag.

Tellow-Beckham. Gewerkschafts- und Rätekommission des 2. Bezirks. Nicht am Sonntag, den 6., sondern am 13. Juni, vormittags 10 Uhr, Sitzung Grünau, Lokal Franz Köppler Str. 68, Charlottenburg, 5. Gruppe. Heute abend 7 Uhr öffentliche Wahlversammlung in der Hindenburg-Schule, Guterstraße. Referent: Lehrer Böhm.

Charlottenburg. Sonnabend, den 5. Juni, abends 7 Uhr, Extra-Jahlabende in familiären Gruppen. Das Erscheinen aller Parteigenossen ist unbedingt erforderlich.

Wilmerdorf. Sonnabend 7 Uhr am Seepark (Kaguststraße) Wahlversammlung unter freiem Himmel. Referent: Fritz Jubell. — Das Zentralwahlbureau befindet sich im Restaurant Urban, Berliner Straße 48/49. Weltere Bureau: „Freiheit“, Spedition, Hindenburgstraße 34; Verbandsbureau Halberstädter Straße, an der Dänkelstraße, Restaurant Fide, Potsdamer Straße 26. Meldungen zur Wahlhilfe usw. werden dort entgegengenommen.

Friedenau. Heute 7 1/2 Uhr große öffentliche Versammlung im Realgymnasium, Hornstraße. Unsere Kandidaten, Genosse Jubell und Wegmann, referieren. Erscheinen aller Genossen und Genossen erforderlich.

Reuköln. Die Bezirksleiter holen noch vorhandenes Material baldigst im Parteibureau ab und schicken heute nachmittags 6 Uhr Hilfsmannschaften ins Parteibureau.

7. Bezirk. Sonnabend pünktlich 1/2 Uhr bei Ehrst, Chausseestraße, Ecke Franz-Köperer-Straße. Sitzung aller zur Wahlhilfe bereiten Genossen und Genossinnen.

Steglitz. Wahlerversammlung unter freiem Himmel Sonnabend 8 Uhr auf dem Reichplatz in der Dippoldstraße.

Wahlerversammlung. Sonnabend 7 Uhr öffentliche Wahlerversammlung bei Schmal, Hindenburgdamm 104. Referent: Genosse Baumig.

Schmargendorf. Heute 8 Uhr öffentliche Wahlerversammlung im „Schützenhaus“, Hundehofstr. 20.

11. Bezirk. Niederbarim-Ort. Flugblätter können bei Albrecht, Neus Bahndorfsstraße 2, sofort abgeholt werden.

Johannisthal. Freitag 8 1/2 Uhr öffentliche Wahlerversammlung im Lokal Postverkehr, Fiedelstr. 10.

Reinickendorf. Wahlerversammlung, Hoffmannstr. 10. Sonnabend 8 1/2 Uhr im Lokal von Sorge (Verabreichung), Reichenberger-Wähe, öffentliche Wahlerversammlung. Thema: „In letzter Stunde“. Referent: Genosse Bräutigam.

Schöneberg. 21. Schöneberg. Nützenau. Sonnabend 1/2 Uhr große öffentliche Wahlerversammlung in Horns Rathsau. Das letzte Wort an die Wähler! Referent: Genosse Paul Brühl.

Bereinstalender.

Zentralverband der Arbeitsschaffenden, Groß-Berlin. Mittwochsversammlung des Bezirks Reuköln Sonnabend 6 Uhr im Lokal Reichstraße 8.

Verband des Post- und Telegraphenpersonals. Sektionsleitungsmitglieder, Funktionäre, Vertrauensleute Sonnabend 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 14/15. Vertrauensmänner-Konferenz. Post- und Telegraphenpersonals im Tarifgebiet Groß-Berlin. Sämtliche Betriebsräte und Vertrauensleute treffen sich am Freitag, den 4. Juni, abends 7 Uhr, im Lokal von Schlotterbeck, Döngiger Str. 68. Jede Firma muß unbedingt einen Vertreter senden.

Zentrale Berlin. Sonntag 13. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, in der „Harmonie“, Invalidenstr. 1, wichtige Generalsversammlung.

Arbeiter-Klubs, Bezirk Schöneberg. Mitgliederversammlung Sonntag 7 Uhr Schule Markstraße.

Steindruckerhilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Sonnabend nachmittags 4 Uhr Vertrauenspersonensitzung im Graphischen Vereinshaus, Alexanderstr. 44. Gehilfen werden gebeten, Hilfsarbeiter aufmerksam zu machen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Buchbinder, Buchbindereien und Zeitungsverlegervereinigungen. Die Versammlung findet nicht am Freitag, sondern am Sonnabend nachmittags 6 Uhr in demselben Lokal statt.

Freie jug. Jugend, Reuköln. Heute 7 1/2 Uhr im Lokal von Ribbe, Godesstr. 9, außerordentliche Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung. 8 1/2 Uhr dringende Funktionärsversammlung.

Gen. Polarisierung Jugend, Reuköln. Freitag 7 Uhr außerordentliche Generalsversammlung bei Klinge, Uckerstr. 24. Sonntag Treffpunkt zur Wahlagitation vormittags 10 1/2 Uhr bei Kroll, Uckerstr. 24, Hennigshofer Straße.

Arbeiter-Klubverein, Bund Sozialist. Es fehlen noch einige Genossen zur Wahlagitation. Dieselben müssen sich einen Wahlschein besorgen und Freitag abend 7 Uhr Brunnenstraße 7 erscheinen. Dankel, Zentral-Postamt.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Liebschütz, Friedenau. Verantwortlich f. d. Inseraten: Ludwig Romeriner, Kariachhof Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgenossenschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 12.

Am Freitag gelangt zur Ausgabe

Die Stadtgemeinde Berlin

Mit Einleitung und Erläuterungen

von Karl Leid

64 Seiten

Preis 5.— Mk.

Unentbehrlich für jeden in der kommunalen Bewegung Groß-Berlins Tätigen

Bei Bezug durch die Organisationen oder Gemeindevertreter - Fraktionen R a b u t t

Sofortige Bestellungen erbittet

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H. Abteilung Buchhandlung, Berlin C 2, Breite Str. 9-9